



# Verband alleinerziehender Mütter und Väter

Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

An die Vorsitzende des Sozialausschusses  
Katja Rathje-Hoffmann

Kiellinie 275  
24106 Kiel  
Telefon: (0431) 5579150

E-Mail [info@vamv-sh.de](mailto:info@vamv-sh.de)  
Internet: [www.vamv-sh.de](http://www.vamv-sh.de)



Bankverbindung:  
Förde Sparkasse  
IBAN: DE78 2105 0170 1003 0879 78  
BIC: NOLADE21KIE

Spenden an den VAMV SH  
sind steuerlich absetzbar.

Kiel, 14.01.2026

## **Schriftliche Stellungnahme des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Schleswig-Holstein e.V. zu dem Bericht über die Situation kinderreicher Familien in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

Drucksache 20/3360

---

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Schleswig-Holstein e.V. (VAMV) bedankt sich für die Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme. Der vorliegende Bericht der Landesregierung über die Situation kinderreicher Familien in Schleswig-Holstein greift wichtige Themen in der Lebenswelt von Familien auf. Wir begrüßen es sehr, dass es der Landesregierung ein wichtiges Anliegen ist, kinderreiche Familien zu sehen, zu unterstützen und den Eltern in hohem Maße Wertschätzung, Anerkennung und Respekt entgegenzubringen.

Die Punkte 8 und 9 des Berichts, in denen es um die gesellschaftliche Bedeutung kinderreicher Familien geht, stellen wir deshalb an den Anfang unserer Stellungnahme. Den dortigen Aussagen stimmen wir voll und ganz zu. Demnach sind kinderreiche Familien „**ein wesentlicher Faktor für die demografische Entwicklung, aber auch für die Weitergabe von Werten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt**“. Und



weiter: „**Unsere Gesellschaft braucht Kinder, die demografische Entwicklung ist dramatisch. Umso mehr muss dafür Sorge getragen werden, dass Kinderreichtum keine Armutsfalle bedeutet**“ [Hervorhebung durch VAMV].

Die grundlegenden Daten des Berichts fokussieren auf Familien mit ledigen Kindern in SH, d.h. auf Haushalte, in denen Eltern mit Kindern zusammenleben und Verantwortung für diese übernehmen. Der Anteil der Mehrkindfamilien an allen Familien beträgt demnach 13,1%. Anschließend werden die Daten nach Alter der Kinder (über oder unter 18 Jahren) ausgewiesen und hinsichtlich der regionalen Verteilung, Lebensunterhalt und SGB II-Bedarf diskutiert. Der Bericht zeigt auf: Mehrkindfamilien sind häufiger auf staatliche Geldleistungen angewiesen, befinden sich überdurchschnittlich häufig im SGB II-Bezug, regionale Unterschiede sind nicht festzustellen, das Pro-Kopf-Einkommen ist deutlich geringer, die Armutsgefährdung ist erhöht. Darüber hinaus wird gezeigt, dass die Erwerbsbeteiligung zwischen Müttern und Vätern bei mehr als drei Kindern deutlicher differiert als bei Familien mit weniger Kindern.

Ob es sich bei den betrachteten Familien um Einelternfamilien oder Patchworkfamilien handelt, ist nicht erfasst, was wir bedauern. Erst am Ende gibt der Bericht einen Hinweis darauf, dass es sich bei kinderreichen Familien um eine heterogene Gruppe handelt, „die auch sog. Patchwork-Familien umfasst und keinesfalls auf bildungsferne Bevölkerungsgruppen beschränkt ist. So hat mit 73% sogar der Großteil der *kinderreichen Frauen* einen mittleren oder hohen Bildungsabschluss“ [Hervorhebung durch VAMV], ein Wert, der mit unseren Beratungserfahrungen korrespondiert.

Patchworkfamilien entstehen, wenn alleinerziehende Elternteile eine neue Beziehung eingehen. Bringt der/die neue Partner/in selbst Kinder mit in die Beziehung, entstehen nicht selten kinderreiche Familien mit mehr als zwei Kindern, die auch noch wachsen können. Je nach Umgangsmodell kann die Anzahl der Kinder zudem zeitlich schwanken. In den Jahren 2023 und 2024 haben wir in unserer Beratungsstelle nach eigenen Angaben der Eltern hauptsächlich Ratsuchende mit einem oder zwei Kindern beraten. Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern lag in den beiden Jahren bei rund 10%.



In Punkt 3 des Berichts werden Ansätze der Unterstützung kinderreicher (Eineltern-)Familien in Kita und Schule benannt. Der Beitragsdeckel sowie der Anspruch auf Geschwisterermäßigung und soziale Ermäßigung in der Kita sind wichtige Unterstützungsmechanismen in unserem Bundesland. Für die hier beschriebene Zielgruppe muss es aber vor allem um Beitragsfreiheit, Wohnortnähe und bedarfsgerechte Öffnungszeiten gehen. Damit Eltern einer (Vollzeit-)Beschäftigung, z.B. auch im Schichtdienst nachgehen können, reicht es nicht aus, Kitas von 8 bis 16 Uhr zu öffnen. Auch ist es kontraproduktiv, Eltern und insbesondere Müttern gesellschaftlich das Gefühl zu vermitteln, sie kümmern sich nicht ausreichend um ihre Kinder, wenn diese am Nachmittag in einer Einrichtung betreut werden. Die offensichtlich aktuell politisch diskutierte landesweite Ausweitung von Unterstützungsangeboten auf schulpflichtige Kinder unterstützen wir nachdrücklich.

Auch bei der Regelung der Schüleraufnahme für die Jahrgangsstufe 5 begrüßen wir das Aufnahmekriterium „Geschwisterkind“. Für alleinerziehende Mütter und Väter mit mehr als einem Kind ist es eine große zeitliche und organisatorische Belastung, Kinder in zwei verschiedene Schulen ein- oder umzuschulen, an Elternabenden teilzunehmen und schulfreie Tage zu koordinieren. Wir fordern, dass (kinderreiche) Einelternfamilien generell prioritär bei der Vergabe von Betreuungs- und Schulplätzen berücksichtigt werden, denn neben dem Geschwisterkind haben auch Strukturen wie Wohnort, Arbeitsweg und öffentliche Erreichbarkeit eine belastende oder entlastende Wirkung auf den Familienalltag.

Dass die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung in Schleswig-Holstein „gelebte Praxis“ sein soll und verbindliche Sozialstaffeln und Geschwisterermäßigungen vorgesehen sind, begrüßen wir. Ziel muss aber auch hier zeitnah die Beitragsfreiheit für kinderreiche (Eineltern-)Familien sein. Neben einem kostenfreien und gesunden Schulmittagessen braucht es darüber hinaus eine verlässliche Hausaufgabenbetreuung und Lernmittelfreiheit. Bei der Weiterentwicklung eines ganzheitlichen Bildungsangebots für Grundschulkinder sollten Synergien z.B. mit örtlichen Sportvereinen genutzt werden.



Perspektivisch ist auch darüber nachzudenken den Ganzttag über Klasse 4 hinaus zu gestalten, es weiterführenden Schulen zu ermöglichen, ein gutes AG-Angebot vorzuhalten bzw. Schnittstellen zur Kinder- und Jugendarbeit zu schaffen. Berufstätige Eltern stellt es nicht selten vor Herausforderungen, den Familienalltag ab Klasse 5 neu zu organisieren, denn waren die Kinder z.B. in der Betreuten Grundschule bis 15 Uhr und länger gut aufgehoben, endet der Schulunterricht in der weiterführenden Schule oft 13 Uhr ohne Anschlussbetreuung. Hausaufgabenhilfe, AGs, Vereine müssen individuell organisiert werden und das Angebot reicht häufig nicht aus.

Punkt 4 des Berichts beschäftigt sich mit Fördermaßnahmen für kinderreiche Familien beim Wohnungserwerb und -bau und erscheint angesichts der eingangs dargelegten Lebensbedingungen: Mehrkindfamilien sind häufiger auf staatliche Geldleistungen angewiesen, befinden sich überdurchschnittlich häufig im SGB II-Bezug, das Pro-Kopf-Einkommen ist deutlich geringer, die Armutsgefährdung ist erhöht – sehr unrealistisch. Einelternfamilien und darunter auch kinderreiche (Patchwork-)Familien wohnen zu 82% überwiegend zur Miete. Staatliche Förderungen zur Bildung von Wohneigentum werden sie daher kaum erreichen. Hier geht es vor allem um eine gezielte Vergabe von öffentlich geförderten Wohnungen an diese Familien und staatliche Unterstützung beim Umbau sowie kostengünstiger Vermietung von Wohnungen im Bestand. Geeignete Träger sind bei der Bereitstellung solcher Wohnungen zu finden und zu unterstützen. Mit Blick auf Neubauprojekte brauchen kinderreiche Familien kompakte Wohnungen mit mindestens fünf Zimmern, welche Rückzug für alle Familienmitglieder ermöglichen, und ein kindgerechtes Wohnumfeld mit guter öffentlicher Infrastruktur vor der Haustür. Darüber hinaus müssen diese Familien besonders vor steigenden Mieten geschützt werden.

Unter Punkt 5 des Berichts – der Mobilitätssituation kinderreicher Familien im ÖPNV – findet sich kein Fakt, der für diese Familien besonders charakteristisch wäre. Eine Unterstützungsmaßnahme könnte es hier sein, Kindern von kinderreichen Familien grundsätzlich ein kostenloses Deutschlandticket anzubieten, damit diese Kinder die Chance auf eine gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft haben. Darüber hinaus sollte man für Familien die Nutzung des ÖPNV attraktiver gestalten, z.B. durch den Einbau von Kindersitzen, wie dies in skandinavischen Ländern üblich ist.

Punkt 6 konstatiert „Wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind gute Kinderbetreuung und familienfreundliche Arbeitsbedingungen“. Dieser Aussage stimmen wir komplett zu, allerdings zeigt der Realitätscheck: Gerade Alleinerziehende spüren eine Diskrepanz im Vereinbarkeitsansatz, wenn z.B. die Kita mangels freier Plätze weit weg von Wohn- oder Arbeitsort sowie zur Schule/Kita des/der Geschwisterkinder ist und dadurch zu wenig Zeit für Erwerbstätigkeit bleibt, Kinder und/oder Erzieher\*innen ständig krank sind und dadurch Arbeit liegen bleibt. Nichttrennungsfamilien werden durch die gegebenen Strukturen zumeist in ein traditionelles Familienmodell gezwungen. Von Anfang an wird dadurch eine gleichberechtigte Elternschaft verhindert, die sich auch im Trennungsfall stark auswirkt. Die Hauptverantwortung für die Kinder verbleibt in der Regel weiterhin bei der Mutter, bei finanzieller Abhängigkeit vom Kindesvater. Umgang und Unterhalt können dadurch zum Machtinstrument gegen die Mutter werden, eine Erfahrung, die uns in der Beratungsarbeit oft geschildert wird. Der Hinweis auf die verlässliche Grundschule von festen vier bzw. fünf Zeitstunden mit dem Hinweis: „Da in diesem Zeitraum die gesicherte Betreuung durch die Schule ohne weitere Kosten gewährleistet ist, können Erziehungsberechtigte hier einer beruflichen Tätigkeit nachgehen“ erscheint erschreckend rückwärtsgewandt, denn wir sprechen hier von einem Zeitraum von 8 bis 12 bzw. 13 Uhr – die perfekte Zeit für einen Halbtagsjob für Mütter.

In Punkt 7 gleicht der Bericht noch einmal etwas genauer bestehende Unterstützungsmaßnahmen für Familien mit den Bedürfnissen kinderreicher Familien ab. Beim Thema Wohnungsbau verweisen wir erneut auf die Statistiken der Zielgruppe, die „Eigentumsmaßnahmen“ als eher unrealistisch erscheinen lassen. Hier ist sozialer Wohnungsbau bzw. Mietwohnraumförderung mit bezahlbaren, ausreichend großen und gut verkehrstechnisch angebundenen Wohnungen für kinderreiche Familien gefragt. Das Schulticket sollte wie bereits oben vorgeschlagen für Kinder aus kinderreichen Familien kostenlos sein.

Dass im Landesprogramm Arbeit individuelle Bedürfnisse der Teilnehmenden berücksichtigt werden und viele Projekte eine Kinderbetreuung/-beaufsichtigung anbieten ist zu begrüßen. Daneben ist bei Eltern (von mehr als zwei Kindern)

grundsätzlich zu fragen, wie geeignet Gruppenprojekte sind oder ob hier nicht von vornherein individuelle Angebote, die mit dem Lebensalltag einer Familie vereinbar sind, gemacht werden sollten. Eltern, die berufstätig sind, stehen unter einer großen physischen und psychischen Belastung, mit der sie individuell umgehen müssen. Familien sind aber „ein wesentlicher Faktor für die demografische Entwicklung“, für die „Weitergabe von Werten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt“. D.h. sie haben eine gesellschaftliche Funktion und sollten demnach auch in der Ausübung dieser Funktion unterstützt werden. Die Frage lautet: Wie können wir es Müttern und Vätern ermöglichen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und gleichzeitig ihre Kinder in ihrem Hineinwachsen in diese Gesellschaft zu begleiten?

Damit Familien ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen können, müssen sie gesund und möglichst resilient sein. Familienurlaube für finanziell leistungsschwache oder kinderreiche Familien zu fördern, ist aus unserer Sicht ein guter Ansatz. Allerdings machen wir in der Beratung von Einelternfamilien die Erfahrung, dass diese überhaupt nichts von solchen Angeboten, ähnlich wie vom Kinderzuschlag, wissen. Wir fordern die Landesregierung daher auf, bestehende Unterstützungsangebote für finanziell schwache oder kinderreiche (Eineltern-)Familien besser zu bewerben.

Wie bereits eingangs erläutert, gehören die Punkte 8 und 9 für uns von der Wichtigkeit an den Anfang dieses Berichts. Dem Fazit „Unsere Gesellschaft braucht Kinder, die demografische Entwicklung ist dramatisch“ halten wir die Frage entgegen: Will unsere Gesellschaft auch Kinder? Der Bericht scheint mithilfe von eher globaler Statistik und Themen wie Wohnen, Arbeit, Einkommen, Vereinbarkeit, Mobilität, Betreuung nach Verbindungen zu kinderreichen (Eineltern-)Familien zu suchen. Aus unserer Sicht sollte aber vielmehr die Frage: **Was brauchen kinderreiche Familien in unserer Gesellschaft?** der Ausgangspunkt allen Wirkens sein.

In diesem Zusammenhang sind auch viel mehr spezifische Daten zu sammeln. Zum Beispiel stellt sich beim Gewaltschutz die Frage, inwieweit Frauen mit drei und mehr Kindern überhaupt in Frauenhäuser aufgenommen werden können? Gibt es für kinderreiche Alleinerziehende Hürden in der Unterbringung? Wie sieht es in der



Jugendhilfe mit der Fremdunterbringung von Kindern aus kinderreichen (Eineltern-)Familien aus, z.B. bei einem Krankenhausaufenthalt der Mutter oder bei Inobhutnahme? Findet hier eine Geschwistertrennung statt? Welche Maßnahmen gibt es, um eine Geschwistertrennung bei mehr als 2 Kindern zu vermeiden? Solche Fragen lässt der vorliegende Bericht offen. Bei der Beantwortung dieser und weiterer offener Fragen stehen wir der Landesregierung als verlässliche und engagierte Partnerinnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Maike Martensen, Vizevorsitzender des VAMV SH

Adrienne Meisel, Geschäftsführung und Beratung

Lisa Spikermann, Geschäftsführung und Beratung